

17. Wahlperiode

Änderungsantrag

der Piratenfraktion

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berlin schützt Frauen und Mädchen vor Gewalt!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag wird mit folgender Überschrift:

Alle Betroffenen vor Zwangsheirat schützen - Beratung und Betreuung

und in folgender Fassung angenommen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. sicher zu stellen, dass von Zwangsheirat Betroffene unter und über 18 Jahren schnelle und unbürokratische Beratung, Betreuung, Begleitung und Unterbringung durch die Berliner Behörden erhalten, insbesondere durch die Berliner Jugendämter. Dazu soll eine Beauftragte in jedem Sozialraum benannt und weitergebildet werden.
2. eine verstärkte, mehrsprachige Öffentlichkeitsarbeit zur Hilfe betroffener Frauen, Mädchen und Männern und Jungen zu initiieren. Dazu soll eine Kampagne gestartet werden, in Zusammenarbeit mit MigrantInnenorganisationen und Berliner Initiativen und Organisationen, die in diesem Gebiet tätig sind.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.03.2012 zu berichten.

Begründung

Dem Entgegenstehen lt. dem Antrag der Bündnis 90/Die Grünen zur Zwangsheirat ist zu unterstützen. Diese Problematik betrifft vor allem Frauen und Mädchen, aber nicht nur. Wie die als Quelle genannte Studie auf Seite 26 der Kurzfassung zutreffend beschreibt:

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

"Dass Frauen so deutlich das Bild prägen, sollte nicht zu dem Schluss führen, Zwangsverheiratungen stellen für Jungen und Männer kein Problem dar. Eine mögliche Erklärung liegt vor allem in der Tatsache, dass für diese keine entsprechende Beratungsstruktur zur Verfügung steht. Auch wenn die verfügbaren Daten nur auf 5 bis 8 % betroffener Männer hinweisen, so ist hier von einem erheblichen Dunkelfeld auszugehen. Nicht zuletzt aufgrund traditionell ausgelegter Männlichkeitsrollen ist der „Graubereich“ zwischen „arrangierter Ehe“ und einer „Zwangsverheiratung“ hier noch schwerer zugänglich als bei den betroffenen Frauen."

Die Piraten Berlin sind der Ansicht, dass alle Betroffenen unabhängig von ihrem Geschlechtsmerkmal Beratung und Betreuung und Angebote zum Ausstieg bei drohender Zwangsheirat und arrangierter Ehe brauchen und dies nicht nur auf die Gruppe der Hauptbetroffenen zu reduzieren ist.

Der weiteren Begründung des Antrages der Bündnis90/Grünen schließen wir uns wie folgt an:

Für alle Betroffenen von Gewalt muss flächendeckend und zeitnah Beratung in sozialen, psychischen und rechtlichen Fragen sichergestellt sein. Auch Angebote zur Therapie und andere Hilfsmaßnahmen müssen zur Verfügung stehen.

Dazu ist eine verlässliche und bedarfsdeckende Ausstattung der Anlaufstellen und Einrichtungen erforderlich.

Die Studie „Zwangsverheiratung in Deutschland - Anzahl und Analyse von Beratungsfällen“ im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren und Jugend von November 2011 hat diesen Missstand eindrucksvoll belegt. Neben der institutionellen Verankerung sollte eine begleitende und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit in mehreren Sprachen geleistet werden. Die unterschiedlichen Einzelmaßnahmen (Veranstaltungen, Kampagnen, Presseinformationen etc.) sollten in Abstimmung mit den Beratungseinrichtungen entwickelt und umgesetzt werden.

Kowalewski, Magalski
und die übrigen Mitglieder der Piratenfraktion